

**S t a d t H a a n**  
Niederschrift über die  
**20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan**  
am Dienstag, dem 23.09.2025 um 17:00 Uhr  
in der Aula des städt. Gymnasiums Haan, Adlerstr. 3

Beginn:  
17:00 Uhr

Ende:  
20:10 Uhr

**Vorsitz**  
Stv. Martin Haesen

**CDU-Fraktion**  
Stv. Vincent Endereß  
Stv. Tobias Kaimer  
Stv. Annette Leonhardt  
anwesend bis 19.10 h  
in Vertretung für AM Sven Groters  
in Vertretung für AM Henrik Radtke

**SPD-Fraktion**  
Stv. Marion Klaus

**WLH-Fraktion**  
Stv. Tessa Lukat  
Stv. Nadine Lütz

**GAL-Fraktion**  
Stv. Lucio Dröttboom

**Schriftführung**  
VA Sigrid Nippe

**stimmberichtigte Mitglieder**  
AM Fabian Dawin  
AM Bernhild Kurosinski  
AM Sina Lorenz  
AM Anna Rosina Neuwald

**beratende Mitglieder**  
Frau Barbara Müller  
Frau Irena Popovic

**beratende Mitglieder JuPa**  
Frau Emilia Zambon  
anwesend bis 19.40 h

**1. Beigeordnete**  
1. Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

VA Kira Bergmann  
VA Stephanie Dellit  
VA Leandra Fuchs  
VA Dietmar Pantel  
VA Sarah Wendel

**Der Vorsitzende Martin Haesen** eröffnet um 17:00 Uhr die 20. Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung:**

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet, dass das Protokoll des letzten Jugendhilfeausschusses vom 27. Mai 2025, TOP 8 „Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2025 – Erstattung von Elternbeiträgen bei Betreuungsausfall in der Kita“ angepasst werden müsse.

Das Abstimmungsergebnis müsse korrekterweise lauten:

„Es besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung des JHA eine Beschlussvorlage hierzu erstellt.“

Es besteht Einigkeit, dass diese Korrektur vorgenommen wird.

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Befangenheitsmitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

Auf die Frage des **Vorsitzenden Martin Haesen** nach der Befangenheit meldet sich **AM Anna Rosina Neuwald** als befangen zu TOP 15.

### **2./ Kinder- und Jugendfragestunde sowie Kinder- und Jugendparlament**

---

#### **Protokoll:**

**VA Sarah Wendel** berichtet für das Kinderparlament über die vergangenen und zukünftigen Aktionen:

Das Kinderparlament konnte dank der Irlich-Stiftung und der Zusammenarbeit mit Pazuru kostenlose Workshops von Kindern für Kinder anbieten zum Thema „Ich habe eine Stimme - Stärke dein Ich“.

Dies waren drei gelungene Workshops, an denen insgesamt 75 Kinder teilgenommen haben.

Nach den Ferien stand das Bürgerfest am 07.09.25 an. Der Arbeitskreis „Vielfalt leben“ organisierte an diesem Tag eigenständig einen Spendenlauf. Um den Teich im Schillerpark sind insgesamt 43 Kinder knapp über 300 Runden gelaufen und haben eine Summe von insgesamt knapp 1.800,- Euro erlaufen. Dieses Geld wird auf Wunsch der Kinder an den Förderkreis Kipkel e.V. gehen. Kipkel war am Tag des Laufes selbst dabei und freute sich sehr über das Engagement aller Beteiligten. Der TSV Gruiten spendierte die Medaillen für alle Laufenden.

---

Von Samstag 13.9. auf Sonntag, den 14.9.25 fand für das Kinderparlament ein Abschlusswochenende mit zwei Referenten aus dem Haus Neuland statt. Begleitet wurden sie von Sarah Wendel. Dabei stand der Zusammenhalt im Team und die Reflexion der letzten zwei Jahre im Vordergrund.

Nun stehen die Neuwahlen des KiPas an. Die Wahlbenachrichtigungen an 1.828 Kinder im Alter von 6 bis einschließlich 11 Jahren sind versendet. Zurzeit gehen die Delegierten durch die Schulen, an denen sie gewählt wurden und informieren über das Kinderparlament und die bevorstehenden Wahlen. Bis zum 02.10.25 können die Anmeldungen zur Kandidatur angenommen werden.

Die Wahlen werden im Zeitraum vom 3.11.-15.11.2025 stattfinden; die Auszählung findet am 15.11.2025 im Sitzungssaal der Stadt Haan statt.

Aktuelles kann immer auf der Homepage der Stadt Haan/Kinderparlament aufgerufen werden.

**Frau Emilia Zambon** berichtet, dass das Jugendparlament seit dem letzten JHA mehrere Events durchgeführt habe, z.B. öffentliche Sitzungen, eine Podiumsdiskussion vor der Kommunalwahl, einen Verkaufsstand beim Bürgerfest, dessen Erlöse an eine gemeinnützige Organisation gespendet werden. Weiter berichtet sie über die anstehenden Jugendparlaments-Wahlen im November, wofür man in alle weiterführenden Schulen gehe, um die Jugendlichen für Politik zu begeistern.

Frau Zambon bedankt sich abschließend stellvertretend für das Jugendparlament bei den Mitgliedern des JHA für die gute Zusammenarbeit und ist sich sicher, dass diese auch mit den neu gewählten Parlamentariern fortgesetzt werde und die Interessen der Jugendlichen gut vertreten sein werden.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** wünscht beiden Gremien für die anstehenden Wahlen viel Erfolg und weiterhin tatkräftige Beteiligung der Kinder und Jugendlichen. Beide Gremien hätten die Diskussionen im JHA sehr bereichert.

---

### **3./ Bericht der Unterausschüsse "Spielflächen/Jugendorte" und "Kinder- schutz"**

---

#### **Protokoll:**

##### **Unterausschuss Spielflächen/Jugendorte**

**Stv. Vincent Endereß** erläutert den als Tischvorlage vorgelegten gemeinsamen Antrag von CDU, SPD und GAL, der bereits im SPUBA mündlich eingebracht wurde. Es gehe um die Verwendung von Restmitteln 2025 aus der Spielflächenunterhaltung, die für die Cageballanlage Tenger verwendet werden sollen. Darüber hinaus sollen die in 2026 nicht benötigten Mittel für ein Kleinkinderspielgerät an der Kita Bollenberg für den Schulhof der GGS Unterhaan genutzt werden.

Herr Endereß bittet um Verweis des Antrages in den HFA.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** stellt fest, dass dies so angenommen werde, da es keine Widerrede gibt.

---

Aus dem Unterausschuss „Kinderschutz“ gibt es keine Mitteilung.

#### **4./ Bericht zum Kinderschutz** **Vorlage: 51/123/2025**

---

##### **Protokoll:**

**VA Kira Bergmann** stellt die Vorlage und die dazugehörige Statistik vor.

**Stv. Lucio Dröttboom** fragt, ob der 0,5-Stellenanteil für diese Aufgabe ausreiche und ob die Zahlen eher zu- oder abnehmen. Darüber hinaus möchte er wissen, was nach der Feststellung einer akuten Kindeswohlgefährdung passiere.

**VA Kira Bergmann** erläutert, dass die Beratungsanfragen unregelmäßig eingehen, jedoch in ihrer Anzahl zunehmen. Dies liege sicherlich auch an einem höheren Bewusstsein aufgrund der Schutzkonzepte. Frau Bergmann habe neuerdings auch eine Vertretung. Ihr Stellenanteil für die Netzwerkkoordination Kinderschutz habe sich ebenfalls anders entwickelt. Akute Situationen seien meistens schon bekannt und würden mit internen Ressourcen abgedeckt. Das Bewusstsein sei auch hier gestiegen, so dass auch die Einrichtungen schneller reagieren würden als bisher.

Nach einer Meldung werde geprüft, welche Gefährdung vorliegt, die nächsten Handlungsschritte würden aufgezeigt und an den ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst) bzw. FEH (Familien- und Erziehungshilfe) angebunden.

**Stv. Marion Klaus** empfindet die Zahlen als relativ niedrig aufgrund ihrer Erfahrungen. Frau Klaus fragt nach Wartezeiten für Beratungstermine.

**VA Kira Bergmann** erläutert, dass sie als städtische InSoFa (Insoweit erfahrene Fachkraft) innerhalb von 48 Stunden in die Einrichtungen gehe. Die Träger hätten eigene InSoFas, die ebenfalls einzubinden seien. Sie habe nur die eigenen Fälle dargestellt.

**Abteilungsleiter Dietmar Pantel** ergänzt, dass sich aus den Berichten der InSoFa Hinweise auf Kindeswohlgefährdung erkennen ließen, die dann durch die Mitarbeitenden der FEH bearbeitet werden. Gleches gilt z.B. für Hinweise der Polizei, so dass sich die tatsächlichen Zahlen anders darstellen würden.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet, dass zurzeit eine extern begleitete Personalbemessung anläuft; das Ergebnis sei abzuwarten. Die Stelle von Frau Bergmann beinhaltet 0,5 Stellenanteile InSoFa und 0,5 Stellenanteile für die Netzwerkkoordination. Aus dem Tätigkeitsbericht des Jugendamtes im letzten Jahr sei die Entwicklung ablesbar. Über den Belastungsausgleich seien alle Träger geschult worden. Dieses Angebot gelte auch für Schulen und Kitas. Sie bedaure, dass der Unterausschuss „Kinderschutz“ schon lange nicht mehr getagt habe. Frau Dellit schlägt vor, dass die politischen Gremien beraten, ob dieser abmoderiert und durch einen regelmäßigen Bericht durch die InSoFa im Jugendhilfeausschuss ersetzt werden könne.

**Der Vorsitzende Martin Haesen** verweist auf die Zusammensetzung des neuen

---

Gremiums, das dann über neue Unterausschüsse entscheiden könne. Hier wolle er nicht voreilen.

**Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

---

**5./ Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz**

**Vorlage: II/078/2025**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert den Bericht, der aufgrund gesetzlicher Verpflichtung alle fünf Jahre aktualisiert werden müsse. Dies spiegele sich auch im Beschlussvorschlag wider. Einiges sei schon umgesetzt worden, auch hinsichtlich der Formulare. Das Jugendamt der Stadt Haan gehöre zu den ersten, welche den Prozess durchgeführt hätten. Sie sei mit dem Bericht sehr zufrieden und danke der FEH, für die dies ein besonderer Aufwand gewesen sei.

**Stv. Marion Klaus** drückt ebenfalls ihren Dank aus und fragt nach der verantwortlichen Stelle, damit die Umsetzung weiter gehe.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** berichtet, dass es keine Ressourcen in Richtung Qualitätsmanagement gebe. Die Federführung liege bei ihr, Herrn Pantel und Frau Bergmann und man werde es im Blick behalten.

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die Handlungsempfehlungen und Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung im Kinderschutz, hervorgehend aus dem Bericht des Deutschen Jugendinstitutes, des Institutes für Soziale Arbeit und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kinderschutzzentren laut Anlage umzusetzen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

---

**6./ Antrag der CDU-Fraktion vom 10.03.2025 "Erstattung von Elternbeiträgen bei Betreuungsausfall in der Kita"**

**Vorlage: II/074/2025**

---

**Protokoll:**

**Anmerkung zu Protokoll:**

Wie vom **Vorsitzenden Martin Haesen** gewünscht, wurde der Antrag der CDU-

---

Fraktion sowie die Stellungnahmen der Träger und des Stadtelternrates im RIS zur Vorlage hochgeladen.

**Stv. Annette Leonhardt** zeigt sich in der anschließenden Diskussion enttäuscht über den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage. Man könne nicht nachvollziehen, warum das Konzept aus Erkrath nicht auf Haan übertragbar sei und wo die Probleme bei der Erhebung von Daten in den Kitas liegen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** hat den Eindruck, dass es den Eltern hauptsächlich um die Verlässlichkeit der Betreuung gehe. Die Erstattung der Kitabeiträge löse nicht die bestehenden strukturellen Probleme. Warum die Stadt Erkrath dies so anders einschätzt, erschließe sich ihr nicht. Vielleicht habe man die Dimension der Umsetzung nicht erkannt. Selbstverständlich sei in den Kitas bekannt, welche Kinder vor Ort sind. Das Problem sei der Dokumentationsaufwand, was neben den drei städtischen Kitas auch vom Erzbistum Köln und der Waldorfschule bestätigt worden sei. Der Stadtelternrat begrüße dagegen den Antrag der CDU-Fraktion.

Die Argumentation sehe Frau Herz in sich schlüssig, an der Fachkräfteesicherung müsse man strukturell dranbleiben. In der nächsten AG 78 und im JHA werde ein besonderer Fokus darauf gelegt, da der Dreh- und Angelpunkt die personelle Aufstellung in den Einrichtungen sei. Hierfür werde selbstverständlich auch die Unterstützung des Landes NRW benötigt.

**Stv. Marion Klaus** sieht das Bestreben auch in der verlässlichen Betreuung, sieht die Beitragserstattung aber trotzdem als ein klares Zeichen an die Eltern, dass etwas passiere. Sie könne das Problem der Dokumentation ebenfalls nicht nachvollziehen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet über das in der AG 78 themisierte Tool zum Datenaustausch. Dieses Tool müsste erst einmal entwickelt werden. Die daraus entstehenden zusätzlichen Aufgaben des Jugendamtes und die entstehenden Kosten für ein solches Tool bittet sie ebenfalls zu bedenken.

Auf den Einwurf von **Stv. Marion Klaus**, dass dies eine Aufgabe des Digitalisierungsbeauftragten sei, erklärt Frau Herz, dass für die vielen Projekte dieser Stelle zwei Mitarbeiter zur Verfügung stünden, vor allem für gesetzlich verpflichtende Aufgaben.

**AM Bernhild Kurosinski** zeigt als Trägervertreterin Verständnis für alle Seiten. Ein Dokumentationssystem löse jedoch nicht das grundsätzliche Problem. Sie möchte darauf hinweisen, dass die Elternbeiträge nicht die Kosten der Träger darstellen, sondern nur ein Teil dessen. Man werde sich der Vorlage der Verwaltung anschließen, auch wenn man sich Transparenz bei Gruppenschließungen wünschen würde.

**AM Irena Popovic** verweist auf die vorliegende Stellungnahme des Stadtelternrates, in der dieser den CDU-Antrag sehr begrüße. Bei Verdienstausfall der Eltern müsse der Beitrag erstattet werden.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt klar, dass die Elternbeiträge nicht für eine gebuchte Leistung gezahlt werden, sondern dafür, dass die Leistung überhaupt angeboten werden könne. Gleichzeitig sehe das Kibiz nicht vor, dass Trägeranteile zurückgezahlt werden, wenn Betreuungsleistungen nicht erbracht werden. Ebenso wenig, wie der Träger keine Möglichkeiten habe, diese Ausfälle durch Lohnrückzahlungen zu

---

kompensieren und dies sei auch richtig. Eine Wertschätzung für Kitas und Erzieher\_innen sei die Rückerstattung nicht.

**Stv. Vincent Endereß** bemängelt, dass der Staat einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung beschließe und diesen Beschluss trotz Fachkräftemangel beibehalte. Aus diesem Grund müsse man reagieren, um den besonders betroffenen Familien die Beiträge zu erstatten. Auch Herr Endereß könne die fehlende Datenbasis zur Erstattung der Beiträge nicht nachvollziehen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** stellt noch einmal klar, dass die Verwaltung auf die korrekte Dokumentation der Kitas angewiesen sei und den zusätzlichen Aufwand der Verwaltung personell abdecken müsse. Frau Herz bekräftigt die Aussage von Herrn Endereß, dass es sich um Staatsversagen handele. Alle Appelle der Verwaltung an das Land seien verhallt. Sie schlägt vor, dass anstatt der Beitragserstattung für nur wenige Familien die Fachkräftesicherung noch einmal neu ins Rampenlicht gehoben wird, um unter neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen zu diskutieren und realistische Ziele für Haan herauszuarbeiten.

**Stv. Tobias Kaimer** bekräftigt nochmal den Antrag der CDU-Fraktion und dankt Frau Herz darüber hinaus für den Vorschlag, das Thema Fachkräftemangel noch einmal aufzugreifen.

**Stv. Vincent Endereß** beantragt die getrennte Abstimmung der einzelne Beschlussvorschläge.

Der unter 5. genannte Beschlussvorschlag aus dem Antrag der CDU-Fraktion wird von der CDU zurückgezogen, aufgrund fachlicher Defizite im Vorschlag. Die frühzeitige Krankmeldung hilft nach Rückfrage bei der Fachverwaltung nicht.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** lässt über die Beschlussvorschläge 1-3 der Verwaltung und 4 aus dem Antrag der CDU-Fraktion einzeln abstimmen. Nr. 5 wird nicht abgestimmt, da zurückgezogen.

### **Beschluss:**

1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Prüfung einer Rückerstattung von Elternbeiträgen bei Betreuungsausfall zur Kenntnis.
2. Der Ausschuss folgt der Einschätzung der Verwaltung, dass das in Erkrath praktizierte Modell aufgrund der örtlichen Rahmenbedingungen, der bestehenden sozialen Staffelung und der organisatorischen Praxis auf Haan nicht übertragbar ist.
3. Stattdessen wird die Verwaltung beauftragt, im Sinne einer strukturellen Sicherung der Betreuungsqualität sowie zur Verbesserung der Transparenz von Betreuungsausfällen folgende Maßnahmen umzusetzen und dem Ausschuss regelmäßig darüber zu berichten:
  - a. Transparenz von Betreuungsausfällen

Aggregierte Auswertung und Beobachtung von gemeldeten Betreuungsausfällen anhand der im Portal KiBiz-Web bereits vorhandenen Daten mit dem Ziel,

---

Tendenzen frühzeitig zu erkennen und nachvollziehbar darzustellen.

b. Berichtswesen gegenüber dem Ausschuss

Erstellung eines jährlichen (ggf. halbjährlichen) Kurzberichts zu gemeldeten Betreuungsausfällen, ihrer Häufigkeit und etwaigen Maßnahmen zur Gegensteuerung.

c. Trägergespräche zum Rückbau von Plätzen

Im Rahmen bereits bestehender Austauschformate wird geprüft, ob bei dauerhaftem Personalmangel ein bedarfsgerechter Rückbau von Plätzen möglich ist, ohne Fördermittel zu gefährden.

d. Fachkräftegewinnung und -sicherung

Nutzung bereits vorhandener Mittel zur Unterstützung der Fachkräftegewinnung und -bindung, z. B. durch koordinierte Fortbildungsangebote mit freien Trägern oder gezielte Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen laufender Kampagnen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, unter Mitwirkung der freien Träger eine Erstattung von Elternbeiträgen bei Betreuungsausfall ab dem KITA-Jahr 2025/2026 vorzubereiten. Fällt im Verlauf eines Betreuungsjahres (1. August bis 31. Juli des Folgejahres) die Betreuung an mindestens 20 Tagen aufgrund von Personalmangel aus, wird der Elternbeitrag für einen Monat (Juli) erlassen. Bei einem Betreuungsausfall von 30 vollen Tagen erfolgt eine Erstattung für zwei Monate (Juni und Juli). Ein entsprechender Ansatz ist für den Haushaltsplan 2026 vorzusehen.
5. Die Verwaltung wird gebeten, mit den städtischen Einrichtungen und den freien Trägern die Möglichkeiten eines frühzeitigen, verpflichtenden Hinweises im Krankheitsfall der Kinder zu diskutieren und umzusetzen.

Bei den Punkten 4 und 5 handelt es sich um die Beschlussvorschläge des Antrags der CDU-Fraktion vom 10.03.2025, die mit zur Abstimmung hinzugezogen wurden. Da durch die Beschlüsse finanzielle Auswirkungen entstehen, wird die Vorlage in den HFA und Rat weitergeleitet.

**Abstimmungsergebnis:**

1. zur Kenntnis genommen
2. 4 ja-Stimmen / 7 nein-Stimmen / 1 Enthaltung  
**damit mehrheitlich abgelehnt**
3. 12 ja-Stimmen / 0 nein-Stimmen / 0 Enthaltungen  
**damit einstimmig angenommen**
4. 6 ja-Stimmen / 5 nein-Stimmen / 1 Enthaltung  
**damit mehrheitlich angenommen**
5. vom Antragsteller (CDU) zurückgezogen

**7./ Abbau der U3 Betreuungsgruppe (GF II) im städt. Familienzentrum am Bollenberg**  
**Vorlage: 51/120/2025**

---

**Protokoll:**

Der **Vorsitzende Martin Haesen** erläutert, dass der Jugendhilfeausschuss nach der Ratssitzung am 01.07.2025 noch einmal beteiligt werden sollte.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan nimmt den vorläufigen Abbau einer Gruppe der Gruppenform II (10 Kinder im Alter von null bis drei Jahren) im städt. Familienzentrum Bollenberg mit Wirkung ab dem 01.08.2025 zur Kenntnis. Eine Entscheidung über eine ggfs. dauerhafte Schließung der Gruppe wird im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung für den Zeitraum 01.08.2026 bis 31.07.2027 getroffen.

**Abstimmungsergebnis:**

zur Kenntnis genommen

**8./ Satzung Kindertagespflege**  
**Vorlage: 51/122/2025**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass die Satzung an vielen Stellen redaktionell geändert wurde. Die partizipative Beteiligung der Tagespflegepersonen habe zu diesem Ergebnis geführt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Neufassung der Satzung der Stadt Haan über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege, welche dieser Vorlage als Anlage 2 beigefügt ist.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**9./ Partizipation von Kindern und Jugendlichen in Haan**  
**Vorlage: II/073/2025**

---

**Protokoll:**

Die **1. Bgo. Annette Herz** geht auf die Stellungnahmen von Kinder- und Jugendparlament ein, die maximale Beteiligung sowie den Kinder- und Jugendcheck für alle

---

Beschlussvorlagen fordern. Dies sei mit den Fachämtern diskutiert worden, jedoch seien viele Verwaltungsbereiche personell nicht entsprechend aufgestellt. Im Jugendamt gebe es darüber hinaus keine Kapazitäten, um die Fachämter zu schulen. Der vorliegende, verwaltungsintern abgestimmte Vorschlag entspreche zwar nicht vollständig der Empfehlung der ISA, jedoch sei es ein ehrlicher und umsetzbarer Vorschlag.

**Stv. Vincent Endereß** verweist auf Haan als Kinderfreundliche Kommune, die als zentrales Anliegen der Stadt zu sehen sei. Wichtig sei, die Ergebnisse jetzt umzusetzen und die Stellungnahmen von KiPa und JuPa zu würdigen. Er könne verstehen, dass keine vollständige Umsetzung der Maßnahmen möglich sei. Herr Endereß schlägt vor, die Betreuer und Betreuerinnen der Parlamente stärker einzubinden, die dann als Vertrauenspersonen entscheiden, ob eine Beteiligung der Kinder und Jugendlichen erforderlich ist. Vielleicht könne man dadurch auf den Praxischeck verzichten.

**Stv. Lucio Dröttboom** beantragt die getrennte Abstimmung der einzelnen Beschlussvorschläge, da die GAL mit Punkt 1 nicht mitgehen könne. Man sei für den Praxischeck und wolle keine Überlastung der Koordinatoren.

Auf die Frage von **Stv. Lucio Dröttboom** nach dem Inhalt des Praxischecks teilt die **Amtsleiterin Stephanie Dellit** mit, dass der Praxischeck von der ISA beigefügt war. In der Amtsleiterrunde wurde dieser besprochen, woraufhin drei Ämter diesen probeweise durchgeführt hätten.

Für **Stv. Marion Klaus** ist die stetige Sensibilisierung der Belange von Kindern und Jugendlichen ein ganz wichtiger Punkt, der nicht zu vernachlässigen sei.

Die **1. Bgo. Annette Herz** bestätigt diese Meinung und gibt ihre Zusage, in der Amtsleiterrunde und im Verwaltungsvorstand die grundsätzliche Haltung und das Bewusstsein hierfür zu schärfen.

**AM Bernhild Kurosinski** unterstützt die Einlassungen von KiPa und JuPa und deren Beteiligung und Mitsprache.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** bestätigt, dass die Partizipation von Kindern und Jugendlichen auch für sie ein sehr hohes Gut sei. Frau Wendel sei aktuell in einem entsprechenden Zertifikatslehrgang.

**Stv. Tessa Lukat** fehlt die Organisationsstruktur zur Beteiligung von KiPa und JuPa und wünscht sich klare Strukturen, die nochmal mit den Parlamenten konstruiert werden sollten.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** berichtet, dass die ISA sehr deutlich gemacht habe, dass es eine formelle Absicherung brauche. Wichtig für die Partizipation sei die Selbstwirksamkeit von Kindern und Jugendlichen. Die Frage sei, was unter komplexe und weniger komplexe Entscheidungen falle. Die Neugestaltung der Innenstadt zum Beispiel sei auf jeden Fall komplex, aber für Kinder und Jugendliche eine ganz wichtige Entscheidung. Er unterstützt den Vorschlag von Stv. Tessa Lukat, noch einmal eine Runde in die Parlamente zurückzugeben.

---

Für das Jugendparlament bestätigt **Frau Emilia Zambon**, dass das JuPa die Sicherheit brauche, dass es angesprochen werde, wenn die Belange von Jugendlichen betroffen seien. Der Automatismus der Verwaltung würde dies gewährleisten, was auch wichtig für neue Parlamentarier sei.

**Stv. Vincent Endereß** erklärt für die CDU-Fraktion, dass man mitgehe, den Punkt noch einmal in die Parlamente zurückzugeben und dort auch abstimmen zu lassen, ob man den betreuenden Mitarbeitenden eine größere Rolle in der Entscheidungsabwägung zugesteht.

Die **1. Bgo. Annette Herz** teilt mit, dass die finale Entscheidung hierzu dann auch in den Rat hochlaufen müsse, da ggfs. Personalmehrbedarfe dadurch ausgelöst werden.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** erkennt aus den Wortmeldungen, dass mit den Parlamenten zur Partizipation noch einmal Rücksprache gehalten werden solle, um das Thema dann im nächsten JHA erneut zu besprechen. Hier sei es natürlich wichtig, wer nach der Kommunalwahl die Verwaltung führe und wie die Prioritäten gesetzt würden. Der JHA müsse dann die inhaltlichen Positionen entscheiden.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** bittet um einen konkreten Arbeitsauftrag für die beiden Koordinatoren des KiPa und JuPa.

**VA Sarah Wendel** teilt noch einmal für das KiPa mit, dass sich die Kinder ernst genommen fühlen möchten. Auch sie bittet um einen klaren Arbeitsauftrag.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** plädiert aufgrund der unterschiedlichen Haltungen von Verwaltung und den Parlamenten für einen befristeten Beschluss.

**Stv. Tessa Lukat** verweist noch einmal auf die Kinderfreundliche Kommune und bittet, dass man aufeinander zugeht, um Lösungen für die konkreten Wünsche der Kinder und Jugendlichen zu finden.

**Stv. Marion Klaus** stimmt für eine Befristung, bis sich die neuen Parlamente gefunden haben.

Aus Sicht von **Stv. Vincent Endereß** müssen die beiden Koordinatoren bei der Einschätzung der Gewichtung nach besonders oder weniger komplexen Entscheidungen eingebunden werden, da es sich hier um die Personen handele, die eine Vertrauensbasis bei den Kindern und Jugendlichen schaffen können.

**AM Bernhild Kurosinski** bittet ebenfalls um eine Reflexionsschleife und eine Entscheidungsfindung im nächsten Jugendhilfeausschuss.

**Frau Emilia Zambon** kann sich eine Befristung gut vorstellen, da sich die Parlamentarier des demnächst neu gewählten Parlamentes erst einmal finden müssen. Sie fragt nach der weiteren Berücksichtigung ihrer Stellungnahme.

**Vorsitzender Martin Haesen** bestätigt, dass nun ein Änderungsantrag gestellt und die Punkte der Stellungnahmen einbezogen werden müssten. Herr Haesen schlägt

---

vor, diesen TOP im nächsten JHA zu beraten und den Vorschlag einer Befristung für z.B. ein Jahr mit anschließender Evaluierung aufzunehmen. Damit hätten die neuen Parlamente die Möglichkeit zur Einarbeitung.

**Stv. Tobias Kaimer** begrüßt diesen Vorschlag, da sich alle Gremien, auch der neue Rat, neu finden müssten.

Nach nochmaliger Aufforderung durch den **Vorsitzenden Martin Haesen** auf Antragstellung, stellt **AM Bernhild Kurosinski** den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung auf den nächsten Jugendhilfeausschuss zu vertagen.

Auf den Einwand von **Stv. Tobias Kaimer**, dass man die Entscheidung in das neue Jahr ziehen müsse, so dass KiPa und JuPa sich bis dahin beteiligen können, schlägt **Amtsleiterin Stephanie Dellit** vor, dass man nach den Neuwahlen der Parlamente mit KiPa und JuPa ein neues Beteiligungsformat im nächsten Jahr entwickeln könne, um festzulegen, was Verwaltung leisten kann. Danach könne im JHA berichtet werden.

Hierfür schlägt der **Vorsitzende Martin Haesen** die zweite Sitzung im Jahr 2026 vor.

Die **1. Bgo. Annette Herz** schlägt vor, einen gemeinsamen Vorschlag für die zweite Sitzung des JHA in 2026 einzubringen.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** ergänzt, dass man zusätzlich die Unterscheidung in komplexe und nicht komplexe Entscheidungen definiert und in der entsprechenden Vorlage aufarbeitet.

**Stv. Lucio Dröttboom** bittet um getrennte Abstimmung der Punkte.

Der **Vorsitzende Martin Haesen** lässt einzeln über die Punkte abstimmen mit einem zusätzlichen Punkt 6, das Konzept im zweiten JHA 2026 zu evaluieren und dann einen Beschluss zu treffen. Damit könnten Möglichkeiten offen gehalten und nachgeschärft werden.

### **Beschluss:**

1. Der JHA beauftragt die Verwaltung, eine regelhafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Angelegenheiten sicherzustellen, in denen ihre Belange betroffen sind. Die Federführung hierfür obliegt dem Jugendamt. Dieses stellt u.a. eine regelmäßige Sensibilisierung aller Fachbereiche der Verwaltung für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sicher. Auf den vorgeschlagenen „Praxischeck“ bei allen Entscheidungsvorlagen kann daher verzichtet werden.
2. Bei besonders komplexen Planungsverfahren (z.B. Neuplanung bzw. grundsätzliche Überplanung einer Spielfläche bzw. eines Jugendortes) entscheidet das Jugendamt nach Abstimmung mit dem betroffenen Fachamt über die Form der Beteiligung (Welche Altersgruppen? Kinder und Jugendliche in welchem Radius um die Fläche herum? Einbindung einer Kita bzw. einer Schule

---

im Radius? Beteiligungsformat?). Das Kinder- und das Jugendparlament sowie der Unterausschuss Spielflächen/Jugendorte werden hierzu grundsätzlich eingeladen.

3. Bei weniger komplexen Entscheidungen (z.B. Austausch eines Spielgerätes auf einer Spielfläche/an einem Jugendort) wird das Kinder- und/oder das Jugendparlament in seiner „anwaltschaftlichen“ Funktion beteiligt. Die Mitglieder des KiPa bzw. des JuPa können weitere Teilnehmende in die Meinungsbildung einbinden.
4. Bei reinen Verwaltungsangelegenheiten (laufende Geschäfte der Verwaltung) erfolgt eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen anhand des Klaviatormodells bei Themen, die Auswirkungen auf sie haben. Dies kann auch reine Informationsweitergabe beinhalten, z.B. wenn es sich um den Austausch oder die Neueinrichtung bzw. Entfernung einer Lichtsignalanlage auf einem Schulweg handelt).
5. Der JHA wird regelmäßig über die Durchführung von Beteiligungsformaten informiert.
6. Evaluation des Konzeptes in der 2. Sitzung des JHA in 2026

**Abstimmungsergebnis:**

1. 7 ja-Stimmen / 1 nein-Stimme / 3 Enthaltungen  
**mehrheitlich beschlossen**
2. 8 ja-Stimmen / 3 Enthaltungen  
**einstimmig beschlossen**
3. 8 ja-Stimmen / 3 Enthaltungen  
**einstimmig beschlossen**
4. 8 ja-Stimmen / 3 Enthaltungen  
**einstimmig beschlossen**
5. 8 ja-Stimmen / 3 Enthaltungen  
**einstimmig beschlossen**
6. 7 ja-Stimmen / 4 Enthaltungen  
**einstimmig beschlossen**

## 10./ Kinderfreundliche Kommune

---

### Vorlage: II/075/2025

#### **Protokoll:**

**Die 1. Bgo. Annette Herz** stellt die Vorlage vor, in der extra alternative Beschlussvorschläge formuliert wurden. Die Kommune werde nicht an dem Siegel gemessen, sondern an ihren Taten. Trotzdem werde der Aktionsplan selbstverständlich umgesetzt. Die Verwaltung könne sich vorstellen, das Siegel nicht zu verlängern, die Entscheidung liege jedoch bei der Politik.

**Stv. Tobias Kaimer** teilt für die CDU-Fraktion mit, dass man sich aufgrund der Dokumentation nach außen für die Alternative 1 entscheiden werde. Die Kinder seien die Zukunft.

**Stv. Tessa Lukat** sieht die Vor- und Nachteile und möchte wissen, ob man sich weiterhin Kinderfreundliche Kommune nennen darf. **1. Bgo. Annette Herz** erklärt, dass man diesen Begriff nicht mehr nutzen dürfe, die Stadt es aber trotzdem leben würde. **Amtsleiterin Stephanie Dellit** ergänzt, dass man sagen darf, kinderfreundlich zu sein. Nur das Siegel würde wegfallen, auch in der Mailsignatur. Darüber hinaus würde man auch nicht mehr per Verteiler über Projekte informiert.

**Stv. Lucio Dröttboom** wird für die GAL-Fraktion ebenfalls für Alternative 1 stimmen, da der Verein auch eine Kontrollfunktion ausübe. Die Kinderfreundlichkeit gehe aus der Homepage der Stadt Haan nicht hervor.

Die **1. Bgo. Annette Herz** bezieht sich auf die Aussage über die kontrollierende Funktion des Vereins. Das Jugendamt habe sehr viel wirksamere Kontrollen durch den JHA und den Rat. Der Aktionsplan sei darüber hinaus ebenfalls eine viel wirksamere Kontrolle.

**Stv. Marion Klaus** spricht sich für die SPD-Fraktion ebenfalls für Alternative 1 aus, da ansonsten das Signal gesendet würde, man spare an den Kindern.

**AM Bernhild Kurosinski** sieht es als fatal an, nach dem Aufwand der Zertifizierung und nach dem, was noch nicht umgesetzt wurde, das Projekt jetzt einzustampfen. Sie verstehe auch nicht, warum das Zertifikat gewollt war, wenn es nun wirkungslos sei. Auch wenn sie die finanzielle Not der Stadt verstehe, werde sie für Alternative 1 stimmen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** entgegnet, dass das Erwerben des Siegels selbstverständlich nicht wirkungslos gewesen sei. Man habe durch die Kooperation mit dem Verein wertvolle Impulse erhalten. Aber der neue Rat müsse die finanzielle Notlage der Stadt anpacken. Die Kinderfreundlichkeit werde aufrecht erhalten bleiben.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** ergänzt, dass die Kontrollfunktion durch das bereits im JHA vorgestellte Monitoring ausgeführt werde und viele Maßnahmen des Aktionsplanes seien schon umgesetzt worden. Alle Maßnahmen würden fortgesetzt; fehlen würden noch zwei bis drei.

---

**Stv. Tobias Kaimer** ist der Meinung, dass die Stadt Haan ebenso an dem Siegel Kinderfreundliche Kommune wie auch an dem Begriff Gartenstadt gemessen würde. Als Mitglieder des JHA könne man gar nicht anders, als für Variante 1 zu stimmen.

**AM Fabian Dawin** verweist auf die Relevanz der halben Stelle, die an dem Siegel hänge und möchte wissen, ob diese dann wegfallen oder für andere Aufgaben eingesetzt würde.

**Die 1. Bgo. Annette Herz** erklärt, dass diese Stelle im Stellenplan wegfallen würde. Die jetzige Stelleninhaberin habe jedoch die Möglichkeit, eine andere Stelle im Jugendamt zu übernehmen. Der Stellenwert sei die sehr viel höhere Einsparung.

**Beschluss nach Beratung:**

Alternative 1: Die Stadt Haan verlängert den Vertrag mit dem Verein 6 Kinderfreundliche Kommune e.V. bis zum Ende des Umsetzungszeitraumes (Ende 2027).

Alternative 2: Die Stadt Haan verlängert den Vertrag mit dem Verein Kinderfreundliche Kommune e.V. nicht.

**Abstimmungsergebnis:**

**Alternative 1:**

6 ja-Stimmen / 4 Enthaltungen / 1 nein-Stimme  
**mehrheitlich angenommen**

**Alternative 2:**

1 ja-Stimme / 4 Enthaltungen / 6 nein-Stimmen  
**mehrheitlich abgelehnt**

**11./ Hilfe in Notsituationen**

**Vorlage: 51/124/2025**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** stellt die Vorlage vor.

Anschließend geht der **Vorsitzende Martin Haesen** in die Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan beschließt die Umsetzung des § 20 SGB VIII in Kooperation mit der Erziehungsberatungsstelle Hilden/Haan.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig angenommen

**12./ Finanzierung niederschwelliger Angebote der Psychologischen Beratungsstelle (PB) in den Familienzentren**  
**Vorlage: 51/125/2025**

---

**Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** geht auf die Vorlage ein und berichtet, dass die Familienzentren einen Zuschuss erhalten. Gleichzeitig erhält die Erziehungsberatungsstelle einen Zuschuss, um niederschwellige Beratungen anbieten zu können. Das Land möchte nun diese Leistungen teilweise oder ganz einstellen. Nun sei man in den Austausch mit den Trägern gegangen, um ein niederschwelliges Angebot für Eltern zu ermöglichen.

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet aus der AG 78, dass sich noch nicht alle Träger zurückgemeldet haben, die ein Familienzentrum betreiben. Die Caritas stimme dagegen, die katholische Kirche sei noch in der Klärung.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass die Stadt die Gelder zur Verfügung stellen könne und wenn sich dann die katholische Kirche beteilige, würden die weiteren Möglichkeiten geklärt.

**Stv. Tobias Kaimer** zeigt grundsätzliche Bereitschaft zur Abstimmung, fragt sich aber, ob man bis zum HFA/Rat damit warten sollte.

Auf die Frage von **Stv. Marion Klaus**, ob man über hausgebundene Fördermittel oder über einen zusätzlichen Topf spreche, antwortet die **Amtsleiterin Stephanie Dellit**, dass es sich um hausgebundene Mittel handele.

Die **1. Bgo. Annette Herz** schlägt folgenden Beschlussvorschlag vor:

Die Stadt Haan kompensiert den fehlenden Finanzierungsbeitrag des Landes für niederschwellige Angebote der Psychologischen Beratungsstelle aus ihrem Budget der städtischen Familienzentren und klärt mit der katholischen Kirche/der Graf-Recke-Stiftung eine Beteiligung daran.

Der von **Stv. Tessa Lukat** angemeldete Beratungsbedarf wird später zurückgezogen, nachdem **Amtsleiterin Stephanie Dellit** erläutert, dass die Stadt Hilden auf Rückmeldung aus Haan warte, da man Personalressourcen vorhalte und es sei ein wichtiges Signal zu zeigen, wo man steht.

Man ist sich einig, den von Frau Herz vorgetragenen Beschlussvorschlag abzustimmen.

**Beschluss:**

Die Stadt Haan kompensiert den fehlenden Finanzierungsbeitrag des Landes für niederschwellige Angebote der Psychologischen Beratungsstelle aus ihrem Budget der städtischen Familienzentren und klärt mit der katholischen Kirche/der Graf-Recke-Stiftung eine Beteiligung daran.

---

**Abstimmungsergebnis:**

10 ja-Stimmen / 1 Enthaltung  
**einstimmig angenommen**

---

**13./ Beantwortung von Anfragen****Protokoll:**

Es liegt eine Anfrage der SPD-Fraktion vor, die im Vorfeld der Sitzung von der Verwaltung schriftlich beantwortet wurde.

---

**14./ Mitteilungen****Protokoll:**

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** verweist auf den angehängten Bericht zur Kooperation mit der Ombudschaft. Da dieser noch nicht spezifisch auf Haan zugeschnitten sei, wäre noch keine Vorlage hierzu erstellt.

Frau Dellit berichtet weiter,

dass PAZURU nun ein anerkannter Träger der Jugendhilfe im Landesjugendamt sei, da man auch über Haan hinaus tätig sei,

dass der Skateworkshop in den Sommerferien sehr gut angenommen wurde und man versuche, dieses Projekt weiter zu verstetigen,

und dass das Jugendamt in zweiter Antragsrunde bei „Kinderstark“ erfolgreich war, so dass für Flüchtlingsunterkünfte und die Schwimmförderung Fördergelder eingeworben werden konnten.

Die **1. Bgo. Annette Herz** berichtet weiter, dass dem Protokoll ein Monitoring über freie Kitaplätze hinzugefügt werde. Darüber hinaus könne man nun endlich mit der Personalbemessung im Jugendamt starten. Man sei seit ein paar Wochen mit einem externen Dienstleister im Gespräch.

**Nachtrag zu Protokoll:****Monitoring der Kita Plätze:**

Laut kitaVM Anmeldungen mit gewünschtem Eintrittsdatum bis zum 01.01.2026 gibt es 23 unversorgte Ü3 Kinder, davon 8 Vorschulkinder und 7 U3 Kinder.

Dem gegenüber gibt es in Haan derzeit die folgenden freien Plätze:

U2			U3			Ü3		
25	35	45	25	35	45	25	35	45
0	5	0	3	10	1	0	0	2

---

Der **Vorsitzende Martin Haesen** wirbt für den Vorsitz der AG 78, da beide Vorsitzenden nicht mehr zur Verfügung stünden. In der Vergangenheit habe eine sehr aktive AG 78 immer Stellung bezogen und sei sehr wichtig für den Austausch untereinander gewesen.

Bei Interesse könne man sich gerne an Frau Herz, Frau Nippe oder ihn selbst wenden.

Zum Abschluss bedankt Herr Haesen sich noch bei allen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit und er hoffe, dass dies auch nach der Kommunalwahl so bliebe. Ganz besonders bedanken möchte er sich noch bei Jochen Sack, ohne den vieles nicht möglich gewesen wäre.

Für den Stadtelternrat verabschiedet sich **Frau Popovic**, da sie kein Kind mehr im Kita-Alter habe, und bedankt sich ebenfalls für die gute Zusammenarbeit.

**Amtsleiterin Stephanie Dellit** teilt zum Kinder- und Jugendförderplan mit, dass der Zeitablauf aufgrund der erfolgten Befragung der alten Träger nun vorsehe, das Augenmerk auf die Beteiligung zu legen. Dies werde durch Frau Wendel im November/Dezember erfolgen. Zum 16.12.2025 möchte Frau Dellit schon einmal zur nächsten Steuerungsgruppe einladen. Man möchte die zukünftigen JHA-Mitglieder gerne im Prozess mitnehmen. Auf Einwand von **Stv. Tobias Kaimer**, dass an diesem Tag die Ratssitzung stattfinde, werde man ein anderes Datum in der KW 51 vorschlagen.

Anschließend stellt der **Vorsitzende Martin Haesen** die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.